

konkretisierungsgrad von Rahmengesetzen, Effizienz der Klimaschutzmechanismen

Zwei KlimaschutzspezialistInnen führten in die Thematik des Klimaschutzrechts und des konkreten Gesetzgebungsverfahrens ein. Anschließend war Raum für Fragen und Diskussionen.

Carla Prino, Juristin, die derzeit im Bereich der Wirtschaftspolitik über die Energiewende habilitiert, vermittelte einen Überblick über das internationale, europäische und portugiesische Klimaschutzrecht.

Der zweite Redner, Pedro Nunes, ist habilitierter Geophysiker und Umweltingenieur, außerdem Forscher über nachhaltige Energiesysteme. Er ist darüber hinaus Aktivist im portugiesischen Verein *Associação Sistema Terrestre Sustentável ZERO* und fungierte als Gutachter im Gesetzgebungsverfahren zum portugiesischen Klimagesetz. In seinem Konferenzbeitrag analysiert er die unterschiedlichen Gesetzesvorlagen.

Moderatorin und Hauptorganisatorin war Anja Bothe, Dozentin an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Autonoma in Lissabon.

A. Juristische Grundlagen

Carla Prino vermittelte juristische Grundlagen des portugiesischen Klimaschutzgesetzes (*Lei de Bases do Clima*).

I. Verfassungsrechtliche Schutzrechte und -pflichten

Anders als das deutsche Grundgesetz enthält die portugiesische Verfassung seit 1976 einen ausführlichen Artikel zur Umwelt und Lebensqualität, Artikel 66. Er ist Teil des Abschnitts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und Pflichten. Er enthält ein subjektives Recht auf ein menschenwürdiges, gesundes und ökologisch ausgewogenes Lebensumfeld und die staatliche Pflicht, dieses Recht zu sichern. Diese Schutzpflicht ist in acht Unterpunkten konkretisiert.

Des Weiteren basiert der Klimaschutz auf den grundlegenden Aufgaben des Staates, unter anderem die Natur und die Umwelt zu schützen, Artikel 9 Buchstabe e).

Im Abschnitt zur Landwirtschafts-, Handels- und Industriepolitik sind verfassungsrechtlich staatliche Hilfen im Fall von klimatischen und phytopathologischen Unfällen explizit genannt, Artikel 97 Absatz 2, Buchstabe c).

II. Begriff des Rahmengesetzes

Die Kompetenz zur Rahmengesetzgebung für „Naturschutz, ökologisches Gleichgewicht und kulturellem Erbe“¹ liegt grundsätzlich beim portugiesischen Parlament, Artikel 165 Buchstabe g) der portugiesischen Verfassung.

Der Begriff der Rahmengesetzgebung als solcher ist umstritten: So gibt es Gesetzesvorlagen für ein Rahmengesetz als *lei quadro* und andere als *lei de bases*. Laut einiger AutorInnen bedeutet *lei quadro* eine Gesetzesform, die bereits auf einem Rahmengesetz (*lei de bases*) basiert. Demnach würde das Klimaschutzgesetzes (*lei quadro do clima*) also das bestehende Rahmengesetz zum Umweltschutz (*lei de bases do ambiente*) weiterentwickeln.

Die herrschende Auffassung sieht jedoch die Begriffe *lei quadro* und *lei de bases* als identisch an.

Die Meinungen über den gesetzlichen Konkretisierungsgrad des debattierten Klimaschutzgesetzes divergieren. Während sich Rahmengesetzgebung grundsätzlich auf Instrumententypen, Prinzipien und Verfahrensweisen beschränkt, wird für das Klimagesetz zum Teil vertreten, dass die zeitliche Dringlichkeit es gebiete, bereits weitergehende Inhalte zu integrieren. Die in der Zwischenzeit in Kraft getretene Verordnung (EU) 2021/1119 des europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“) relativiert diese Auseinandersetzung, da sie einen verbindlichen Mindestinhalt darstellt.

III. Verhältnis des Klimaschutzgesetzes zu bestehenden Umweltschutzgesetzen

Das Verhältnis des Klimaschutzgesetzes zu den bereits bestehenden Umweltschutzgesetzen stellt eine der Herausforderungen des portugiesischen Klimaschutzgesetzgebungsverfahrens dar. Letztendlich, so Carla Prino, bestehe der größte Teil der Umweltgesetze wie auch das Klimagesetz aus Regelungen wirtschaftlicher Aktivitäten. Nach Angaben der portugiesischen Umweltschutzbehörde führen etwa 90 Prozent der Umweltverträglichkeitsprüfungen zu einer Genehmigung der Projekte. Es stelle sich die Frage, ob sich daran etwas ändern würde, und wo das Klimagesetz in der Architektur der Umweltgesetze, insbesondere bezüglich des Energiesektors und der Raumordnung zu verorten sei.

IV. Beteiligungs- und Klageformen

Im Gegensatz zur deutschen Gesetzeslage besteht in Portugal sowohl einfachgesetzlich als auch verfassungsrechtlich eine lange Tradition der BürgerInnenbeteiligung und der Popularklage. Beide Mechanismen werden jedoch als wenig effizient und effektiv in ihrer Umsetzung kritisiert, weshalb zum Teil gefordert wird, die Klimagesetzgebung zur Modernisierung ihrer rechtlichen Instrumente zu nutzen.

B. Debatte über das portugiesische Klimagesetz

Pedro Nunes führte in die wesentlichen Inhalte der unterschiedlichen Gesetzesvorlagen ein und stellte die Position des portugiesischen Vereins *Associação Sistema Terrestre Sustentável ZERO* dar.

I. Unterschiedliche Gesetzestypen

Im Februar lagen acht Gesetzesvorschläge zur öffentlichen Diskussion vor. Das sind bemerkenswert viele. Einer der Vorschläge, derjenige der Kommunistischen Partei, wäre ein neu zu integrierender Zusatz in das bestehende Umweltrahmengesetz. Der Vorschlag der Grünen besteht aus einem Gesetz, welches das Umweltrahmengesetz konkretisiert, *Lei-Quadro da Política*

¹ [...] de protecção da natureza, do equilíbrio ecológico e do património cultural“;